Programmatische Erklärungen des Reichsarbeitsministers.

Im Haushaltausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag der Etat des Reichsarbeitsministeriums besprochen. Zu Beginn der Beratungen gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Uebersicht über Stand und Aufgabe der deutschen Sozialpolitik. Die fast auf allen Gebieten infolge der Inflation und Wirtschaftskrise eingetretenen Schwierigkeiten könnten, so führte der Reichsarbeitsminister aus, nunmehr als überwunden betrachtet werden. In der Sozialversicherung, von der nur noch die äußere Hülle übrig geblieben sei, sind fast allenthalben die früheren Leistungen erreicht, zum Teil überstiegen worden. Die Unfallversicherung werde in nächster Zeit wieder zu Individualwerten zurückkehren. Eine Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Angehörigen freier Berufe insbesondere der Rechtsanwälte, wird geprüft. In der gesamten Sozialversicherung sind organische Verbesserungen in den Grenzen des Möglichen, Vereinheitlichung, sowie erhöhte Ergiebigkeit das unveränderte Ziel der Regierung. In der Arbeitsfrage verwies der Minister auf die in diesen Tagen erlassene Verordnung für die Arbeiter der Hochöfen und Kokereien hin. Zur Frage der Ratifikation des Abkommens von Washington über den Achtstundentag konnte der Minister mitteilen, daß das gegenwärtige Kabinett sich der Erklärung des vorigen Kabinetts angeschlossen hat. Darnach hat Deutschland die Ratifikation niemals grundsätzlich abgelehnt, sondern ist bereit, nur den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Uebereinkommens und demnach über das Maß der Stundung herbeizuführen. Der Reichsarbeitsminister erörterte dann die Maßnahmen der Regierung zur Erreichung einer angemessenen Preisgestaltung, wobei er zugeben mußte, daß der Erfolg nur teilweise befriedigt.

Ueber die Wohnungszwangswirtschaft äußerte der Minister, daß eine gleichmäßige Annäherung an die Friedensmiete erstrebt werde.

An die Rede des Reichsarbeitsministers schloß sich eine längere Aussprache, an der sich die Vertreter aller Fraktionen beteiligten. Eine Reihe von Anträgen wurde gestellt. Über die die Abstimmung am Freitag erfolgte.

Erhöhung der Leistungen für Wochenhilfe.

Der Haushaltausschuß des Reichstages setzte gestern die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort. Bei den Fragen der Sozialpolitik wünschte Abg. Diebel (Soz.) eine Erhöhung der Wochenhilfe und der Wochenfürsorge. Abg. Behrens (Dn.) fragte, ob die während der Ruhrbesetzung in der französisch-belgischen Krankenkasse verbrachte Zeit angerechnet werde. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwiderte, über die Frage des Lastenausgleichs für Wochenhilfe sei ein Gesetzentwurf in Vorbereitung. Eine Rückübernahme der gesamten Kosten der Wochenfürsorge auf das Reich sei unmöglich. Das Ziel müsse sein, daß die Grundsätze des Reiches auch bei den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. Ministerialdirektor Grieser antwortete auf die Frage des Abg. Behrens, er hoffe, diese Frage ohne Gesetzentwurf durch Verhandlungen mit den Krankenkassen regeln zu können.

In der Abstimmung wurde ein Antrag Giebel auf Erhöhung der Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge und Durchführung eines zweckmäßigen Lastenausgleichs angenommen. Ein weiterer Antrag, die Lasten der Wochenfürsorge dem Reiche zu übertragen, wurde abgelehnt.

Deutschland verlangt volle Gleichberechtigung auf dem internationalen Arbeitsmarkt.

Berlin, 30. Januar. Im Haushaltausschuß des Reichstages wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der verlangt, daß die Reichsregierung auf volle Gleichberechtigung innerhalb des internationalen Arbeitsmarktes mit allen Kräften hinwirken möge, das insbesondere auch die deutsche Sprache als Amtssprache zugelassen werde. Der rückständige Anteil Deutschlands an den Unterhaltungskosten des Arbeitsmarktes könne bei Annahme des geforderten Entgegenkommens bis zur vollen Höhe nachgezahlt werden. Der Anteil für 1925 wurde auf sozialdemokratischem Antrag auf 219000 Mark festgesetzt.

Politische Rundschau.

Aus den Landtagsausschüssen.

Im Haushaltausschuß A wurden am Donnerstag die Etatkapitel 42 und 43 betr. Ministerium des Innern, Kreis- und Amtshauptmannschaften, vom Nachtrag zum Staatshaushaltplan 1924 nach den Einstellungen genehmigt. Die bürgerliche Seite, wie auch die Kommunisten, bemängelten, daß die Regierung eine Villa als Dienstwohnung für den Kreishauptmann in Dresden angekauft hat, wofür in Titel 15 zu Kapitel 43 50000 Mark eingesetzt sind. Die Angelegenheit sei voreilig abgeschlossen worden, ohne das Bewilligungsrecht des Landtages zu achten. Der seinerzeit vom Landtag eingesetzte Zwischenausschuß hätte befragt werden müssen.

Bei Beratung des Kapitels 22 — Verwaltung der vormaligen Königsschlösser — gab die Regierung einen Ueberblick über die Zahl und den Umfang der Grundstücke, die infolge des Auseinandersetzungsvertrages mit dem vormaligen Königshause an den Staat gefallen sind. Seit 1919 sind in den Gebäuden 110 Wohnungen geschaffen worden. Die nachträglich gestellten Ansprüche des Berliner Rechtsanwalts Werthauer, der von der Regierung Zeigner in Anspruch genommen worden sein will, kamen hierbei zur Besprechung. Dem Finanzministerium ist von einem Auftrage an Werthauer nichts bekannt. Kommende Woche sei hierüber der zweite Gerichtstermin zu erwarten. Voraussichtlich würden Zeugenvernehmungen zur Klärung der angeblichen Aufträge erforderlich sein.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei

tritt am nächsten Montag nachmittag 2 Uhr in Berlin zu einer Sitzung zusammen, in der Reichsminister a. D. Koch über die politische Lage referieren wird. Auf der Tagesordnung stehen u. a. noch die Punkte „Parteiausschuß und Parteitag" sowie „Reichspräsidentenwahl".

Konferenz der Finanzminister der Länder.

Berlin, 31. Jan. Am 2. und 3. Februar wird in Dresden eine Aussprache der Finanzminister der Länder stattfinden, die die Grundlagen für eine einheitliche Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reiches in der Steuerfrage für Reich, Länder und Gemeinden schaffen will. Am 4. Februar findet dann im Reichsfinanzministerium in Berlin eine Konferenz zwischen dem neuen Reichsfinanzminister und den Finanzministern der Länder statt.

Die Bremer Senatswahlen.

Bremen, 30. Januar. In der heutigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft wurden auf Vorschlag der Deutschnationalen in dem neuen Senat mit 59 Stimmen bei 47 Stimmenthaltungen gewählt:
3 Deutschnationale, 5 Deutsche Volksparteiler und 6 Demokr. Die Sozialisten und Kommunisten gaben Erklärungen ab, in denen sie dem Senat schärfste Opposition ansagten. (WTB)

Vereinigung zweier Eisenbahnerorganisationen.

Am Mittwoch ist auf der Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten in Berlin die endgültige Vereinigung mit dem Deutschen Eisenbahnerverband vollzogen worden, um die Einheitsfront zwischen Beamten und Arbeitern bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu schaffen.

Ein Deutscher von einem polnischen Posten erschossen.

Marienwerder, 30. Jan. Wie die „Weichselztg." meldet, ist der Fischer Friedrich Book aus Rudnerweide am 28. Januar, nachmittags gegen 5 Uhr von einem polnischen Posten erschossen worden. Behördliche Ermittlungen sind im Gange.

Politischer Ueberfall.

Koburg, 30. Jan. Am Mittwoch abend wurde auf den sozialistischen bayrischen Landtagsabgeordneten Klingler ein Anschlag verübt. Auf dem Wege zu seiner Wohnung trat ein unbekannter Mann auf ihn zu und sagte: „Sie haben meinen früheren Regimentschef beleidigt." Der Unbekannte schlug den Abgeordneten darauf mit einem Gummiknüppel über den Kopf und eilte davon. Klingler erlitt eine leichte Verletzung.

Preußischer Untersuchungsausschuß der Barmat-Affäre.

Berlin, 30. Januar. Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags für die Barmat-Kutisker-Affäre stellte in der heutigen rein formalen Sitzung die Beweisanträge zusammen und einigte sich über das zukünftige Arbeitsprogramm. So sollen Ministerialdirektor Köpke vom Auswärtigen Amt sowie diejenigen Beamten geladen werden, durch deren Hände alles Aktenmaterial bezüglich Barmats gegangen ist. Die Akten selbst sollen dem Ausschuß vorgelegt werden. Der Ausschuß vertagte sich dann auf Donnerstag, den 5. Februar, an welchem Tage der Präsident der Staatsbank, Polizeipräsident Richter und Abgeordneter Heilmann vernommen werden sollen.

Berlin, 30. Jan. Der Reichspräsident hat eine für 4 Wochen gültige Verordnung erlassen, die besagt, daß Gemeinden und Gemeindeverbände zur rechtsgültigen Auflegung von Anleihen im Auslande der Zustimmung des Reichsfinanzministers bedürfen.

•

In Rastatt in Baden sind 25 Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden. Ein Teil der Verhafteten wurde kurz darnach wieder in Freiheit gesetzt. Der Grund zu den Verhaftungen ist nicht bekannt.

•

London, 30. Jan. Zu der augenblicklichen Hungersnot in Westirland gesellt sich jetzt noch ein außerordentlicher Mangel an Heizmaterial. Der Torf vermodert in den Mooren. Hunderte von Viehzüchtern haben infolge mangelhaften Nachwuchses von Kleinvieh bankerott gemacht. Das Jahr wird als das schlimmste seit dem berüchtigten „schwarzen" Jahr 1847 bezeichnet.

•

Rom, 30. Januar. Wie die Blätter berichten, zeigt der Aetna seit einigen Tagen erneute Tätigkeit. Der Krater, der beim letzten Ausbruch entstanden war, hat sich wieder geöffnet.

•

Washington, 30. Januar. Der Verwalter des feindlichen Eigentums in Amerika Miller hat dem Präsidenten Coolidge über seine Tätigkeit Bericht erstattet und dabei erklärt, den früheren Besitzern seien Wertpapiere und anderes Eigentum im Werte von 24 Millionen Dollar zurückgegeben worden.

Der ökumenische Patriarch wurde aus der Türkei ausgewiesen.

Kriege der Zukunft.

Die verheerende Gaswaffe.

Anläßlich einer Festlichkeit der Vereinigung amerikanischer Ingenieure in Neuyork sprach ein Mitglied der chemischen Abteilung der amerikanischen Armee über die Gefahr einer Aushungerung der Hauptstadt im Falle eines Krieges. Nach den neuesten, weitgehendsten Versuchen mit giftigen Gasen sei es durchaus ausführbar, eine Stadt wie Neuyork von jedem Verkehr abzuschneiden, indem man distriktweise ihre nähere Umgebung unter Gas setzte, und somit nicht nur dort jedes Lebewesen tötete, sondern auch es der Eisenbahn unmöglich machte, diese Zone zu durchqueren. Es sei allerdings nach der heutigen Entwicklung des Flug- und Luftschiffwesens sowie der chemischen Hilfsmittel unmöglich, eine Stadt wie Neuyork von oben her gänzlich unter Gas zu setzen; trotzdem könnten Flieger von einer Höhe von etwa 150 Metern aus den Bezirk unter sich „vergasen", daß dort während eines Zeitraumes von zwei Wochen jedes Lebewesen zugrunde gehen müßte.

Der Redner sog, „vom menschlichen Standpunkt aus", die Benutzung der unbedingt tödlich wirkenden Gase den starken Explosivstoffen vor, die so oft fürs Leben untaugliche Menschen zurückließen! Von den 51 im Kriege angewandten Gasen seien nur noch 12 in Gebrauch. Darunter besäßen die Amerikaner zwei, welche durch jede bisher bestehende Schutzmaske dringen. Schon das Einatmen geringer Mengen dieser Gase brächte so unangenehme Folgeerscheinungen, wie Atemnot und Schwindel mit sich, daß der Soldat unwillkürlich die Maske zu entfernen trachte und schutzlos dann der vollen Kraft des verderbenbringenden Gases ausgesetzt sei und zugrunde ginge.

Aus Stadt und Land.

Aue, 31. Januar 1925.

Aus dem Stadtparlament.

Die Stadtverordneten hatten sich in ihrer gestrigen öffentlichen Sitzung mit einer nur aus drei Punkten bestehenden Tagesordnung zu beschäftigen. Wer aber glaubte, die Sitzung würde „kurz und erbaulich" sein, hatte eine falsche Rechnung aufgemacht. Die Kürze der Tagesordnung wurde durch eine ausgedehnte Aussprache ausgeglichen, die sich erst nach zweistündiger Dauer erschöpfte. Der Abänderung der Satzung des Ortskrankenkassenverbandes Aue, die nur formale Bedeutung hat, wurde debattelos zugestimmt. Bezüglich der Aufnahme der Fortbildungsschüler aus Niederschlema in die hiesigen Fortbildungsschulen entspann sich hauptsächlich wegen der Raumfrage ein Meinungsaustausch. Fortbildungsschulausschuß und Stadtrat befürworteten aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen die Aufnahme. Der Raummangel werde nur vorübergehend sein, da sowieso in kürzester Zeit an einen Schulneubau herangetreten werden müsse. Die Gegner der Vorlage befürchten durch die Aufnahme der Niederschlemaer Kinder eine derartige Ueberlastung der Volksschule, daß dadurch der Unterricht erheblich erschwert werden wird. Schließlich wurde die Aufnahme gegen 6 Stimmen beschlossen. In Frage kommen etwa 100 Schüler und Schülerinnen, von denen etwa zwei Fünftel in Aue beschäftigt sind.

Eine Ueberraschung für die meisten der Stadträte war der dritte Tagesordnungspunkt bezügl. Erweiterung der Schlachthofanlagen. Nach den Ausführungen des Referenten des Schlachthofausschusses und nach einem vom Schlachthofdirektor abgegebenen Gutachten hat sich sowohl die Zahl der Schlachtungen, wie besonders auch der Großhandel mit eingeführtem Auslandsfleisch so vergrößert, daß die Räume zu eng geworden sind und den Bedürfnissen nicht mehr gerecht werden. Der Auer Schlachthof ist zum Mittelpunkt des erzgebirgischen Fleischhandels geworden, und selbst aus dem Vogtland kommen die Fleischer nach Aue, um im hiesigen Schlachthof ihren Bedarf zu decken. Die Errichtung einer entsprechend großen Fleischverkaufshalle macht sich deshalb dringend nötig, mit deren Bau schnellstens begonnen werden möchte. Die Halle soll gleichzeitig mehrere Laden für Fleischerbedarfsartikel usw. aufnehmen und mit mehreren Wohnungen überbaut werden. Als Bauplatz ist der Garten des Schlachthofrestaurants in Aussicht genommen worden, sodaß die Halle an die Lößnitzer Straße zu liegen käme. Die Baukosten würden sich auf etwa 62000 Mk. belaufen, wovon 50000 Mk. aus dem Reservefonds des Schlachthofes gedeckt werden können. Es wurde nach erfolgter Aussprache dem Vorschlage des Schlachthofausschusses entsprechend beschlossen und die Vorlage dem Bauausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Hierauf wurde in die nichtöffentliche Sitzung eingetreten.

Das Donnerstag-Jahr. Es gibt Bauernregeln und alte Kalender. Sache des Einzelnen ist es, einem oder — keinem von beiden zu trauen. Ein alter Kalender aus dem Jahre 1774 stellte fest: Wenn das Jahr mit einem Donnerstag beginnt, ist der Winter mild aber regnerisch; März und April sind dann schön und trocken, der Juni ist windig und reich an Gewittern, der Sommer regnerisch, der Herbst naß. Das neue Jahr begann mit einem Donnerstag. Sollte der Kalender recht behalten, werden wir das ganze Jahr nasse Füße und Schnupfen haben.

Franziskus Nagler kommt nach Aue. Mittwoch, den 4. Februar wird er im Verein mit seiner Gattin uns im „Bürgergarten" durch musikalische, gesangliche und rezitatorische Vorträge erfreuen. Es wird ein genußreicher Abend für Jedermann werden.

Radiovereinigung. In der in „Burg Wettin" stattgefundenen Hauptversammlung der Radiovereinigung für Aue u. Umg. (E. V.) gab Herr W. Stahl den Jahresbericht. Er hob dabei besonders die im verflossenen Jahre abgehaltenen Vorträge und Darbietungen, die Gründung eines Vereinslaboratoriums und den von Herrn Schmidt geleiteten Kursus zur Vorbildung auf die Audionversuchserlaubnisprüfung hervor. — Da einige Vorstandsmitglieder wegen Ueberbürdung ihre Aemter nicht mehr ausüben konnten, wurde der Vorstand neu gewählt. Im neuen Jahr ist 1. Vorsitzender Herr Lehrer Schmidt, 2. Vorsitzender Herr Tel.-Insp. Schaubold. — Herr W. Stahl, der bisherige 1. Vorsitzende und Gründer der R. V. wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. — Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Herr Schmidt über die Jahresfeier der Radiovereinigung Chemnitz und erwähnte unter anderem, daß Chemnitz eine Besprechungsstelle für den Leipziger Sender eingerichtet hat, um das erzgebirgische Kulturgut dem Rundfunk zugänglich zu machen.

Wissenschaftliche Vorträge. Herr Ingenieur Dünnebeil von den bekannten Junkerswerken in Dessau, war in der Zeit vom 21. bis 29. dieses Monats in Aue und hielt in der Höheren Deutschen Fachschule eine Reihe von Vorträgen. Er sprach über: „Die Systeme der heutigen Warmwasserbereiter." „Kalorimeter." „Geschichte des Gasbadeofens." „Stromautomaten. Mischgas und Steinkohlengas." „Konstrukt. und Installations-Fragen." „Leistungsversuche." An diese Vorträge schlossen sich praktische Uebungen über Heizwertbestimmung von Gasen an, in den Versuchsräumen der Anstalt